

Pulsus-Symposium zur Ausgestaltung des Krankenversicherungsgesetzes

Gesundheitswesen: Staatliche Planwirtschaft versagt

«Weniger staatliche Planwirtschaft, mehr Spielraum und Eigenverantwortung für Therapeuten und Patienten. Die Versicherten sind durchaus bereit mehr Verantwortung zu übernehmen.» So lautet das Fazit eines Symposiums der Vereinigung Pulsus in Bern.

Pulsus

Pulsus ist eine standespolitisch, geografisch und parteipolitisch unabhängige Vereinigung von Praktikern aus dem Gesundheitswesen und zählt 4500 Mitglieder. Pulsus kämpft gegen überbordende Regulierungen im Gesundheitswesen, ein Diktat der Krankenkassen und eine bürokratische Staatsmedizin.

«Die Vereinigung Pulsus setzt sich ein für eine freie und sozial verantwortbare Medizin. Wir sind von Natur aus sehr skeptisch gegenüber zu viel staatlicher Regulierung. Wir sind überzeugt, dass eine Entmündigung der Therapeuten auch zur Entmündigung der Patienten führt», sagte Pulsus-Präsident Hans Notter. Zentral für Pulsus sei immer der Patient. «Pulsus gibt im Rahmen der Befragungen den Patienten regelmässig eine Stimme. Auch dieses Jahr wollten wir wieder wissen: Was will der Patient wirklich, was nicht?»

Bagatellfälle selber bezahlen

Die vom Marktforschungsinstitut Demoscope durchgeführte Befragung zeigt, dass die Versicherten mit dem Schweizer Gesundheitswesen mehrheitlich zufrieden sind und das Kosten-Nutzen-Verhältnis als gut bezeichnen. 69 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer, in der Deutschschweiz gar 73 Prozent, sind bereit, Bagatellfälle selber zu bezahlen, wenn dadurch die Prämien gesenkt werden können. Patientinnen und Patienten sagen Nein: zur Abschaffung der freien Arztwahl, zu Globalbudgets für Ärzte und mehrheitlich Nein zu HMO-Modellen. Ja sagen sie: zu Hausarztmodellen, Abgabe von Generika.

Falsche Anreize per Gesetz

Der ehemalige Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung BSV, Markus Moser, plädierte für mehr Wettbewerb und mehr Freiheit im Gesundheitswesen. Aus eigener Erfahrung habe er lernen müssen, dass staatliche Planwirtschaft

nicht funktioniere. Anfänglich sei er der Meinung gewesen, die Probleme in Gesundheitswesen und Krankenversicherung liessen sich per Gesetz lösen. Rückblickend müsse er feststellen, dass staatliche Regulierungen nur immer dazu geführt hätten, falsche Anreize zu schaffen. Als untauglich erachtet Moser vor allem Positivlisten. Statt abstrakter Leistungsdiskussionen fordert er beim Behandlungsfall anzusetzen. Wichtig sei die Kontrolle von Wirtschaftlichkeit und Qualität der therapeutischen Leistungen. Qualitätssicherung sei primär Aufgabe der Leistungserbringer. «Ein freiheitliches Gesundheitswesen verlangt Selbstverantwortung von Therapeuten und Patienten. Dessen Sicherung hängt weitgehend von den Therapeuten selbst ab.»

Kritik an staatlichen Lenkungsmaßnahmen

In der engagiert geführten Diskussion im Anschluss an die Referate wurde weitere Kritik laut an staatlichen Lenkungsmaßnahmen, die ihr Ziel verfehlt haben. So etwa am Praxisstopp für Ärzte. Er hat dazu geführt, dass immer mehr Spitälärzte fest anstellen und weniger Belegärzte beschäftigen. Aufgrund der strikten gesetzlichen Arbeitszeitregelungen haben die Personalkosten deshalb massiv zugenommen. Kritisiert wurde auch, dass das Hausarztmodell in der Praxis gar keine Einsparungen bringt, weil das Angebot ausschliesslich von jenen Versicherten genutzt wird, die im Krankheitsfall sowieso zuerst zu ihrem Hausarzt gehen. Auch die Idee für mehr Gruppenpraxen vermochte die Mehrheit der Symposiums-Teilnehmer nicht zu überzeugen.

Zahnärzte als Vorbild

In der Diskussion zur Ausgestaltung der Krankenversicherung wurden mehrmals die Zahnärzte als Vorbild genannt, als löbliche Ausnahme im Gesundheitswesen, die nicht versuche, «sich an die Brust von Mutter Helvetia zu werfen». Im Allgemeinen seien fast alle im Gesundheitswesen Tätigen bestrebt, möglichst zu Lasten der Grundversicherung abrechnen zu können. Die Zahngesundheit in der Schweiz sei ausserordentlich hoch. Bei der Zahnpflege sei die Schweiz im internationalen Vergleich führend, «weil die Leute ihre Selbstverantwortung wahrnehmen. Man kann die Behandlungskosten nicht einfach an die Versicherung abschieben.»

Paul Felber

Präsident Hans Notter präsentiert die Ergebnisse der repräsentativen Pulsus-Umfrage. (Foto: Paul Felber)

